

MAGWAS-BLITZ-BRIEFING: Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden

Ausgangslage:

Seit dem im Jahr 2002 in Kraft getretenem **Prostitutionsgesetz**, das die damalige rot-grüne Koalition verabschiedet hat, gilt Prostitution in Deutschland nicht mehr als sittenwidrig und kann Gegenstand von Arbeitsverträgen sein. Prostituierte sollten so besser geschützt, entkriminalisiert und sozial abgesichert werden. **Alle diese Ziele wurden jedoch verfehlt. Die tatsächliche Situation der Prostituierten hat sich seitdem drastisch verschlechtert.** In den Folgejahren stieg im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union insbesondere die Zahl von Prostituierten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. **Für Freier aus vielen Regionen Europas wurde Deutschland zum Magneten. Anstelle der Prostituierten haben vor allem Zuhälter und Betreiber von Bordellen, FKK- Clubs und Laufhäusern enorm profitiert. Die Zahl der Prostituierten und Freier in Deutschland nahm stark zu.**



Wegen der zunehmenden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Prostituierten wollten wir 2016 mit dem Prostituiertenschutzgesetz die legale Prostitution regulieren und das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Prostituierten stärken. Bereits 2020 hat die Zwischenevaluation des Prostituiertenschutzgesetzes jedoch offengelegt, dass die Umsetzung des Gesetzes nur schleppend voran geht und eine konsequente Anwendung nicht flächendeckend gegeben ist. **Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die eingeführten Schutzvorschriften größtenteils ins Leere laufen und sich die Situation der geschätzt mindestens 250.000 Prostituierten in Deutschland nicht verbessert hat.** Die Zahl der gemeldeten Prostituierten ist seit 2019 rückläufig. Am Ende des vergangenen Jahres waren lediglich 28.280 Prostituierte bei den Ordnungsbehörden gemeldet. Ende des Jahres 2019 lag die Zahl der bei den Ordnungsbehörden gemeldeten Prostituierten bei 40.400.

Zudem sind laut Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2022 gerade einmal 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie zehn ausschließlich geringfügig Beschäftigte unter der entsprechenden Berufsgattung gemeldet. Zahlen zu krankenversicherten Prostituierten liegen nach wie vor nicht vor. Das **Narrativ vom „Beruf wie jeder andere“ von Prostituierten mit eigenem Konto, eigener Wohnung, Kranken-, Renten- und Sozialversicherung ist damit eindeutig widerlegt.**

Betroffene, Streetworker, Ausstiegshilfeorganisationen und Vollzugsorgane berichten stattdessen davon, dass Gewalt, Zwang und Ausbeutung die Szene prägen. Auch bei uns im Vogtland. Die sehr geringe Zahl an Verfahren wegen Menschenhandel und die wenigen Verurteilungen stehen in keinem Verhältnis zu Zahl und Ausmaß der Straftaten. **Weder können uns bekanntgewordene und zur Verurteilung gelangte Einzelfälle im Bereich von Schwerekriminalität zufriedenstellen, noch entsprechen sie unserer Vorstellung von Rechtsstaat und unserem Werteverständnis.**

Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wir wollen die bisher gemachten Erfahrungen in anderen europäischen Staaten nutzen, um das dort bereits etablierte sogenannte „**Nordische Modell**“ zu einem **nationalen Modell für Deutschland weiterzuentwickeln**. Im Kern bedeutet das „Nordische Modell“ ein **Sexkaufverbot**. Dafür wollen wir ein Dreisäulenmodell einführen, das:

1. **Präventions- und Ausstiegsangebote fördert,**
2. **die Bestrafung des Sexkaufs etabliert,**
3. **die Durchsetzungsautorität von Verwaltungs- und Vollzugsorganen stärkt.**

Beweggründe für ein Sexkaufverbot in Deutschland:

Nachdem **alle bisherigen Bemühungen gescheitert** sind, die menschen- unwürdigen Zustände in der Prostitution zu beenden, brauchen wir einen **Kurswechsel**. **Wir wollen die in anderen europäischen Staaten gemachten Erfahrungen nutzen und das sogenannte „Nordische Modell“, also die Bestrafung des Sexkaufs, zu einem von Prävention und Ausstiegsangeboten begleiteten nationalen Modell für Deutschland weiterentwickeln**. Prostitution wird es immer geben, aber mit einer Bestrafung des Sexkaufs in deutlich kleinerem Umfang. **Als Staat können wir Frauen nicht in der Prostitution, sondern nur vor der Prostitution schützen.**

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen wir uns ein für die Rechte und den Schutz von Frauen. Wir treten in der Breite und mit aller Kraft ein gegen den geschlechtsspezifischen Missbrauch von Macht, der die Geschäftsgrundlage der Sexindustrie ist. So stärken wir die Gleichstellung in unserer Gesellschaft.

Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Unser ausführliches Positionspapier [„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden - Sexkauf bestrafen“](#) finden Sie hier zum Download.

